



Presseerklärung, HORECA CLAIM EUROPE

Amsterdam / Brüssel, 28.03.2012

Der Kampf gegen das Rauchverbot in der Gastronomie wird europäisch Horeca-Claim Europa gegründet

Das Rauchverbot in der Gastronomie wird keinen Bestand haben ...

In den nächsten Monaten wird der Private Investment-Fonds Horecaclaim dahingehend erweitert werden, dass für jedes Land Europas eine eigene Horecaclaim-Organisation errichtet wird, die den Rechtsweg im Kampf gegen das jeweilige Gastronomie-Rauchverbot in den einzelnen Ländern finanziell unterstützt und eine Vorladung der EU finanziert. Die Fonds-Investoren sind allesamt Wohlhabende. Der Fonds ist nicht öffentlich, d.h. beteiligen kann man sich nur auf Basis einer Einladung. Bislang hat sich jeder Angesprochene am Fonds beteiligt.

Neben den attraktiven Kapitalerträgen eint die Investoren die Überzeugung, dass die Regierungen in diversen Ländern Bürgerkultur zerstören. Außerdem sind sie der Auffassung, dass das Rauchverbot die schwerarbeitenden Gewerbetreibenden ungerecht behandelt und ihnen die Butter vom Brot nimmt. Es ist einfach unangemessen. Die Unternehmer sollten selbst entscheiden können, ob sie das Rauchen in ihrem „eigenen“ Gastronomiebetrieb zulassen wollen oder nicht. Alle Investoren des Fonds finden, dass die Öffentliche Hand generell viel häufiger die Verantwortung dafür übernehmen sollte, wenn sich von ihr getätigte Maßnahmen als Fehler erweisen und Schaden anrichten. Wenn in der Privatwirtschaft irrtümlich Maßnahmen ergriffen, die Schaden verursachen, müssen diese Schäden ja auch beglichen werden.

Die Passivrauchlüge

Das Rauchverbot in Europa wurde eingeführt, weil die Obrigkeit die von den Antiraucherorganisationen kommenden Informationen für bare Münze genommen haben.

Hieraus entstand eine „PASSIVRAUCHLÜGE“ zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die Antiraucher-Organisationen haben in diesem Zusammenhang unzählige Lügen veröffentlicht. Sie haben Geschichten erfunden, die von Tausenden Todesopfern durch Passivrauch erzählten, doch einen wissenschaftlichen Beweis für diese Geschichten sind sie schuldig geblieben, denn sie beruhen auf heißer Luft. Des weiteren wurden diese Lügen der Antiraucher-Organisationen finanziert durch öffentliche Mittel, Subventionen und massive Kapitalspritzen von Seiten der Nikotin-vertreibenden Pharma-Konzerne.

In den Niederlanden wird die Antiraucher-Organisation Stivoro (Stiftung Volksgesundheit und Rauchen) künftig keine Fördermittel mehr von der Gesundheitsministerin, Frau Schippers, empfangen. Dies ist eine wegweisende Entscheidung!

Momentan erhält diese Organisation jährlich 2,7 Millionen Euro. Die Gesundheitsministerin kündigte an, dass diese Zuwendung bis 2013 halbiert werden soll. Es ist an der Zeit, dass die ganzen bei Stivoro tätigen Funktionäre, die dort – vom niederländischen Steuerzahler finanziert – attraktive Einkünfte beziehen und nur Unfug reden, um der Bevölkerung Angst einzujagen, sich nach einer neuen Tätigkeit umsehen.

Wissenschaftliche Beweise, die belegen würden, dass Passivrauch für tausende Tote jedes Jahr verantwortlich wäre, liegen nicht vor. Die Passivrauchlüge ist einer der größten Schwindel im Bereich der Volksgesundheit der letzten Jahrzehnte, angezettelt und finanziert durch Interessengruppen, unter denen sich die Nikotinpharma-Hersteller, Antiraucherorganisationen, und eine große Zahl von Wissenschaftlern finden.

Diese (Des-)Informationen sind – auf der Grundlage wissenschaftlicher Tatsachen – einfach zu widerlegen, und dürfen keinesfalls als rechtsgültige Grundlage zur Erzwungung eines allgemeinen Rauchverbots aus Gesundheitsgründen dienen. Weitere wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass man keinen Zusammenhang zwischen Passivrauch und Lungenkrebs nachweisen kann. Es gibt nicht einen Beweis dafür, dass Passivrauch ungesund oder gar tödlich wäre !!!!

In einer detaillierten Analyse, sowie im kompletten Untersuchungsbericht, musste die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zugeben, dass man „keine“ Verbindung finden konnte. Unliebsame Forschung, die nachweist, dass zwischen Passivrauch und Lungenkrebs oder Herz-/Kreislauf-Erkrankungen besteht, wie die umfassendste Studie über Passivrauchen überhaupt (Enstrom & Kabat – BMJ 2003), wird von Antiraucher-Organisationen dazu missbraucht, um die betreffenden Forscher persönlich anzugreifen, und sie aus der medizinischen Fachgemeinschaft auszuschließen, ohne jedes wissenschaftliche Argument.

Wissenschaftler von Weltruf, die unabhängig oder nach Eintritt in den Ruhestand wagemutig genug sind, die Wahrheit auszusprechen, haben erklärt, dass staatliche Behörden und Antiraucher-Organisationen die Passivrauchlüge dazu missbrauchen, die Bevölkerung in Schrecken zu versetzen, und so das Zustandekommen von (absoluten) Rauchverboten zu erzwingen.

Es hat sich gezeigt, dass man durch einstündiges Joggen in einem Stadtzentrum oder anderweitig belebtem Stadtgebiet mehr an giftigen Substanzen einzuatmen gezwungen ist (z.B. Abgasen von Kraftfahrzeugen), als wenn man den ganzen Nachmittag und Abend in einer Raucher-Kneipe verbrächte.

Über die Jahre hinweg sind etliche Untersuchungen im Hinblick auf die Frage des Rauchens unternommen worden. Die meisten davon fanden in den USA statt, und wurden von der Pharmaindustrie, Antiraucher-Lobbygruppen, der Regierung – und damit indirekt von den Rauchern selbst – finanziert (Master Settlement Agreement, 1998). Regierung oder Antiraucher-Organisationen beziehen sich immer noch auf diese Untersuchungen, wenn sie schädliche Effekte des Passivrauchs behaupten, um ergriffene Maßnahmen gegen das Rauchen zu rechtfertigen.

Da es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen schädigenden Effekt von Passivrauch gibt, darf die Obrigkeit keinen Anspruch darauf erheben, Gastronomiepersonal vor Passivrauch zu schützen. Selbst wenn Passivrauch wirklich schädlich wäre, so würde das noch keinen Anspruch auf einen rauchfreien Arbeitsplatz begründen. Denn sonst müsste man auch Berufe wie den des Soldaten, des Kriegsberichterstatters, des Kraftfahrers, und des Straßenbauarbeiters verbieten. Denn diese Beschäftigungen sind ebenfalls gesundheitsgefährdend (man könnte erschossen werden, einen Unfall erleiden, Rückenprobleme bekommen). Der Grund dafür, dass diese Tätigkeiten nicht verboten sind, liegt darin, dass niemand dazu gezwungen wird, sich den dazugehörigen Gefahren auszusetzen.

Es steht jedem frei, sich einen weniger gefährlichen Beruf zu suchen; ebenso steht es jedem frei, nur eine Stelle anzutreten, wo ihm ein rauchfreier Arbeitsplatz angeboten wird.

Der Staat hat nicht das Recht, die Bürger in ihrer Entscheidungsfreiheit einzuschränken. Jedes Individuum, jeder Bürger muss sich frei entscheiden können, in einem rauchfreien Lokal zu arbeiten oder nicht. Gleichmaßen müssen Gastronomie-Unternehmer selbst entscheiden können, ob sie ihren Betrieb rauchfrei führen oder nicht.

Aktuelle Situation in den Niederlanden/ in Belgien

In einer Massenmailing-Aktion haben wir die Gaststättenbetreiber dazu eingeladen, uns hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Einbußen infolge des Rauchverbotes zu informieren. Die Registrierung und gründliche Erfassung von tausenden Schadenersatzansprüchen in den Niederlanden wird voraussichtlich noch weitere zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen. Nach Überprüfung durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen wird das Schadenersatzverfahren gegen den Staat eröffnet, sofern er sich nicht auf eine gütliche Einigung einlässt. Wir prüfen darüber hinaus die Möglichkeiten, inwieweit zusätzliche Interessengruppen belangt werden können, die an diesem Betrug beteiligt waren.

Wenn wir den Staat zwecks Erstattung der den Gaststättenbetreibern entstandenen Schäden im Rahmen eines Schadenersatzverfahrens verklagen müssen, ist es wesentlich, dem Gericht die tatsächlich entstandenen Schäden nachzuweisen. Wir wollen kein Verfahren lediglich aufgrund von Annahmen anstrengen, sondern basierend auf den tatsächlichen Schäden und unter Verwendung unumstößlicher Beweise.

Hoher Kostenaufwand für die Behörden

In Belgien kostet das Rauchverbot in getränkeprägten Gastsätten die Bundesebene über eine Milliarde Euro ... Was kostet es die anderen Staaten?

Der belgische Staat kann schon allein über eine Milliarde Euro einsparen, wenn er die richtigen Entscheidungen trifft, indem er das Rauchverbot für Kneipen revidiert und seiner Verantwortung nachkommt, die erlittenen Verluste der Kneipenbesitzer auszugleichen. Dies ergibt sich aus einer Untersuchung von FedCaf Belgien, die eine Kooperation mit Horecaclaim Belgien vereinbart hat. FedCaf Belgien hat der belgischen Politik eine eigene Gesetzesvorlage vorgelegt und wartet auf eine Entscheidung in den nächsten Monaten.

Interessierten lassen wir gerne unsere Dossiers zum Thema Passivrauch und Gastronomie-Schäden zukommen, welche das Genannte belegen.

Ende der Pressemitteilung

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie von:

Frederick Matthaei (Präsident) - +32 (0)488 07 45 66 - info@horecaclaim.nl

Erik Beunckens (Geschäftsführer/Schatzmeister) - +32 (0)498 28 39 70 - erik.beunckens@fedcaf.be

Wiel Maessen (Sonderberater/Vorstandsmitglied) - +31 (0)6 15 94 12 82 - wiel@forces-nl.org